

Antrag 5

Antragsteller: UB Vorstand Alzey-Worms

Gegen rechts

Antragstext:

Die SPD im Kreis Alzey-Worms fordert weitergehende Unterstützung durch Landes- und Bundesmittel um Projekte gegen Rechtsradikalismus zu intensivieren. Außerdem muss die Einrichtung eines Versammlungs- und Propagandaverbots im Umkreis von Schulen forciert werden.

Begründung:

Die Landtagswahlen der Bundesländer Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben gezeigt, dass sich bestimmte Bevölkerungsgruppen mehr denn je von den demokratischen Parteien abwenden und zum Teil dann rechtsextremistischen Gruppen und Parteien das Vertrauen aussprechen. Sympathisanten finden sich insbesondere im Alter zwischen 22 und 34 Jahren.

Auch wenn sich in aktuellen repräsentativen Meinungsumfragen etwa 86 Prozent der Befragten gegen rechtsgerichtete Gruppen und Parteien aussprechen, so sind die jüngsten Wahlergebnisse erschreckend und sollten uns zu weiterem Handeln bewegen.

Gerade zum Schutz der Kinder und Jugendlichen sollte an Schulen mehr Aufklärung betrieben werden, um dem brauen Sumpf keine weitere Basis bieten zu können. Eine verfassungsgemäß begründete Befristung der Förderungen von Projekten gegen Rechts sollte aufgehoben oder eine Verlängerung der finanziellen Unterstützung eingeräumt werden.

Darüber hinaus fordert die SPD Alzey-Worms ein Versammlungs- und Propagandaverbot für rechtsextremistische Gruppen und Parteien im Umkreis von Schulen. Gerade die NPD geht bewusst auf die Jugendlichen während der Schulzeit zu und verbreitet Werbe-CDs. Durch solche CDs macht diese Partei auf sich aufmerksam und versucht die Jugendlichen für sich zu gewinnen.

Ziel soll es auch sein, die Schulleitungen durch dieses Verbot zu stärken.

Empfehlung der Antragsberatungskommission:

Annahme des Antrages
und Weiterleitung an die SPD-Kreistagsfraktion,
SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion
und die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament